



AMTSBLATT

Gemeinsames Amtsblatt für die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover

JAHRGANG 2006

HANNOVER, 9. MÄRZ 2006

NR. 10

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER UND DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Region Hannover

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gem. § 4 Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) 86

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gem. § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) 86

Landeshauptstadt Hannover

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt LAATZEN

Bebauungsplan Nr. 128 B – 2. Änderung – „Holzfeld-Ost“, OS Rethen 86

2. Stadt Pattensen

2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen – Ostteil“; Beschluss über den Bebauungsplan gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) 87

3. Stadt Wunstorf

Beschlussfassung über die Jahresrechnung und Entlastung für das Haushaltsjahr 2004 88

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Zweckverband Volkshochschule Ostkreis Hannover

88

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006

Zweckverband Leine-Volkshochschule

89

Verbandsordnung für den Zweckverband Leine-Volkshochschule

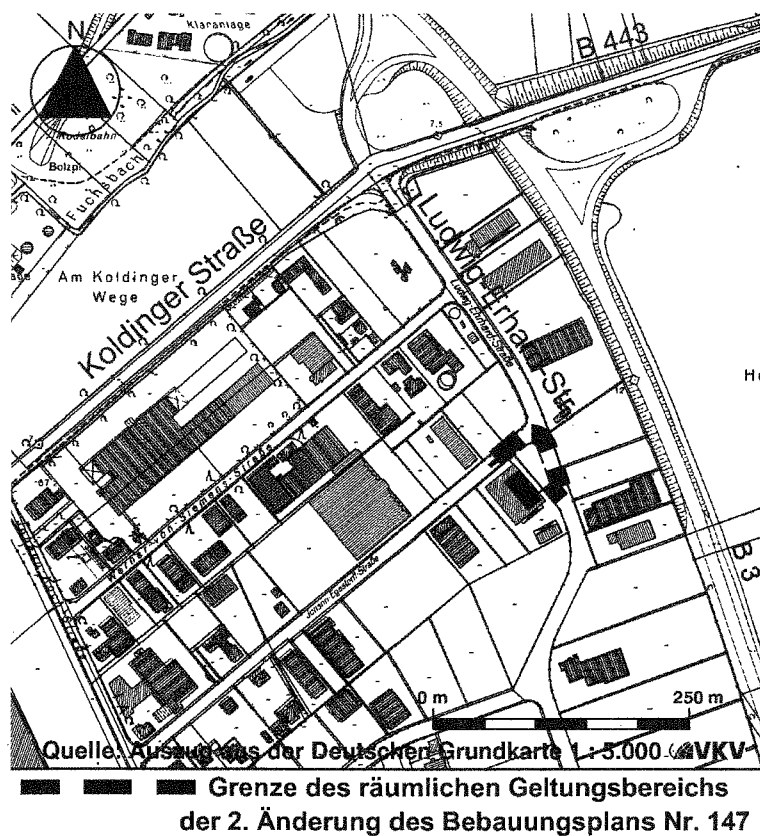
2. Stadt PATTENSEN

2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen - Ostteil“; Beschluss über den Bebauungsplan gem. § 10 Bau- gesetzbuch (BauGB)

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 BauGB und aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 05.10.2005 die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen - Ostteil“ als Satzung und die Begründung beschlossen.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen - Ostteil“ ist nach § 8 Abs. 2 Satz 1 des BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Sie bedarf daher nicht der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde nach § 10 Abs. 2 des BauGB.

Der **räumliche Geltungsbereich** der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen - Ostteil“ liegt an der Südseite der Einmündung der Johann-Egestorff-Straße in die Ludwig-Erhard-Straße. Er umfasst einen Streifen am Nordrand des Grundstücks Johann-Egestorff-Straße 18 und die angrenzende öffentliche Grünfläche. Die Lage des räumlichen Geltungsbereichs ist in dem beigefügten Kartenausschnitt verdeutlicht.



Jedermann kann die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen - Ostteil“ und die Begründung dazu im Bauamt, Abt. für Stadtplanung und Umweltschutz, der Stadt Pattensen, Dienstgebäude Marienstraße 2, während der Sprechstunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine un-

ter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch die 2. Änderung des Bebauungsplans eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.
Mit dieser Bekanntmachung tritt die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Gewerbepark Pattensen - Ostteil“ in Kraft.

Pattensen, den 23.2.2006

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

3. Stadt WUNSTORF

Beschlussfassung über die Jahresrechnung und Entlastung für das Haushaltsjahr 2004

Der Rat der Stadt Wunstorf hat in seiner Sitzung am 22. Februar 2006 die Jahresrechnung der Stadt Wunstorf für das Haushaltsjahr 2004 gemäß § 40 Abs. 1 Ziffer 9 i. V. m. § 101 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden und auf Beschluss des Rates der Stadt Wunstorf vom 22. Februar 2006 weiterhin anzuwendenden Fassung (NGO) beschlossen und gleichzeitig dem Bürgermeister für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2004 uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung mit dem Rechenschaftsbericht sowie der um die Stellungnahme des Bürgermeisters ergänzte Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen gem. § 101 Abs. 2 und § 120 Abs. 4 NGO in der Zeit vom

13. März bis einschließlich 21. März 2006

während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Rathaus der Stadt Wunstorf, Amt für Finanzen, Südstraße 1, Gebäude D, Zimmer D 132, öffentlich aus.

Wunstorf, 1. März 2006

STADT WUNSTORF
Der Bürgermeister
Rolf-Axel Eberhardt

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Zweckverband Volkshochschule Ostkreis Hannover

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006

Auf Grund des § 18 des Nieders. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung und der auf der Grundlage zu § 110 Abs. 2 Satz 2 NGO erlassenen Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am 24.01.2006 nach § 6 Abs. 2 Satz 1 Buchst. b) der Verbandsordnung des Zweckverbandes „Volkshochschule Ostkreis Hannover“ folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 (Geschäftsjahr vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2006) beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2006 (01.01.2006 - 31.12.2006) wird

im Erfolgsplan	
in den Erträgen auf	1.696.800,00 €
in den Aufwendungen auf	1.696.800,00 €

im Vermögensplan	
in der Einnahme auf	25.100,00 €
in der Ausgabe auf	25.100,00 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Geschäftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 250.000,00 € festgesetzt.

§ 5

Nach § 16 der Verbandsordnung des Zweckverbandes „Volkshochschule Ostkreis Hannover“ wird von den Verbandsgliedern eine Umlage erhoben. Sie beträgt:

für die Stadt Burgdorf	179.055,00 €
für die Gemeinde Isernhagen	160.000,00 €
für die Stadt Lehrte	218.541,00 €
für die Stadt Sehnde	74.229,00 €
für die Gemeinde Uetze	63.875,00 €

Die Verbandsumlage wird jeweils zur Hälfte am 01.02.2006 und 01.07.2006 fällig.

Lehrte, den 24.01.2006

ZWECKVERBAND
VOLKSHOCHSCHULE OSTKREIS HANNOVER

Schmezk	L. S.	Vaihinger
Verbandsvorsitzender		Verbandsgeschäftsführerin

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 (Geschäftsjahr vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2006) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Wirtschaftsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 NGO im Anschluss an diese Veröffentlichung an sieben Werktagen während der Dienststunden in der VHS-Geschäftsstelle, Rathausplatz 2, 31275 Lehrte, zur Einsicht öffentlich aus.

Lehrte, 27.02.2006

ZWECKVERBAND
VOLKSHOCHSCHULE OSTKREIS HANNOVER

Vaihinger
Verbandsgeschäftsführerin